

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 16 | 17.04.2020

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 26/2020](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers über die **Aufhebung** von Bestimmungen des Ärztegesetzes durch den Verfassungsgerichtshof und den Ausspruch des Verfassungsgerichtshofes, dass eine Zeichenfolge in § 117c Abs. 2 Z 1 des Ärztegesetzes 1998 verfassungswidrig war

[BGBl I 27/2020](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers über die **Aufhebung** einer Wort- und Ziffernfolge in § 120 Abs. 1b des Fremdenpolizeigesetzes 2005 durch den Verfassungsgerichtshof

[BGBl II 152/2020 \(Anlage\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die Einhebung von Geldstrafen mit **Organstrafverfügung** nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz

[BGBl II 153/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen zur Bestellung eines weiteren Beauftragten gemäß Garantiegesetz 1977 und KMU-Förderungsgesetz (**COVID-19-BeauftragtenV**)

[BGBl II 154/2020](#)

2. Verordnung des Bundesministers für Finanzen gemäß § 3b Abs. 3 des ABBAG-Gesetzes betreffend Richtlinien über die Ergreifung von finanziellen Maßnahmen, die zur **Erhaltung der Zahlungsfähigkeit** und zur **Überbrückung von Liquiditätsschwierigkeiten von Unternehmen** im Zusammenhang mit der Ausbreitung des Erregers SARS-CoV-2 und den dadurch verursachten wirtschaftlichen Auswirkungen geboten sind

[BGBl II 155/2020](#)

Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Familie und Jugend, mit der die Verordnung betreffend die finanzielle Obergrenze für Bedeckung von Beihilfen bei Kurzarbeit (**COVID-Kurzarbeit-Obergrenzen-VO**) geändert wird

[BGBl II 157/2020](#)

Verordnung der Finanzaufsichtsbehörde (FMA) zur Änderung der Verordnung der Finanzaufsichtsbehörde (FMA) über die **Beschränkung von Leerverkäufen** von bestimmten Finanzinstrumenten in einer Ausnahmesituation

[BGBl II 158/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen betreffend die **elektronische Übermittlung von Anbringen** an die Finanzstrafbehörde im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung des Coronavirus

[BGBl II 160/2020](#)

Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der die **Zivil-luftfahrzeug-Ambulanz- und Rettungsflugverordnung ZARV – 1985** geändert wird

II. AMTSBLATT DER EU

[ABl L 114 v 14.04.2020, 7](#)

Empfehlung (EU) 2020/518 der Kommission vom 8. April 2020 für ein gemeinsames Instrumentarium der Union für den Einsatz von Technik und Daten zur Bekämpfung und Überwindung der **COVID-19-Krise**, insbesondere im Hinblick auf **Mobil-Apps** und die **Verwendung anonymisierter Mobilitätsdaten**

[ABl L 117 v 15.04.2020, 3](#)

Verordnung (EU) 2020/521 des Rates vom 14. April 2020 zur **Aktivierung der Soforthilfe** gemäß der Verordnung (EU) 2016/369 und zur Änderung von deren Bestimmungen unter Berücksichtigung des **COVID-19-Ausbruchs**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

24.02.2020, [E 3273/2019](#)

Oö BauO; Verletzung im **Gleichheitsrecht** durch denkunmögliche Auslegung des Begriffs „**unbebautes Grundstück**“ bei Erteilung einer Baubewilligung zur Errichtung eines Auszugshauses auf einem an einen Betrieb angrenzenden Grundstück

26.02.2020, [G 179/2019 ua](#)

EisenbahnG; keine Verletzung im **Gleichheitsrecht** betreffend die – ausreichend bestimmte – Anordnung der **Kostentragung** für die Ausführung einer angeordneten Sicherung eines schienengleichen Übergangs nach dem EisenbahnG; Parteistellung von Trägern der Straßenbaulast im Verfahren über die Anordnung der Sicherung eines Eisenbahnübergangs auf Grund verfassungskonformer Interpretation gegeben

02.03.2020, [V 93/2019](#) (Anlassfall [E 1653/2019](#))

Ktn JagdG; Gesetzwidrigkeit der VO des Landesvorstands der Ktn Jägerschaft betreffend eine zusätzliche **Abschussfreigabe** mangels gesetzlicher Grundlage im Ktn JagdG 2000

02.03.2020, [E 4050/2019](#)

AdelsaufhebungsG; Verletzung im **Gleichheitsrecht** durch Berichtigung des portugiesischen Namensbestandteils "Nobre de" wegen **Verwendung untersagter Adelszeichen**; Erforderlichkeit der Prüfung des historischen Adelsbezugs oder der ausländischen Standesbezeichnung im Hinblick auf den Eindruck bestehender Vorrechte auf Grund der Geburt oder des Standes bei ausländischen Namensbestandteilen

05.03.2020, [G 157/2019 ua](#)

ÄrzteG; Verfassungswidrigkeit von Bestimmungen des ÄrzteG betreffend die **Übertragung der Zuständigkeit** zur Zurücknahme oder Einschränkung der Anerkennung als Ausbildungsstätte auf die Österreichische Ärztekammer mangels **Zustimmung** der beteiligten Länder; Feststellung der Gesetzwidrigkeit der VO der Österreichischen Ärztekammer über die Einhebung einer Bearbeitungsgebühr für Angelegenheiten im übertragenen Wirkungsbereich mangels gesetzlicher Grundlage

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

30.01.2020, [Ra 2018/11/0016](#)

Privatkrankenanstalten-FinanzierungsfondsG; auch im System der Privatkrankenanstalten-Finanzierungsfonds-Finanzierung ist eine Klärung von Streitigkeiten, die auf Auffassungsunterschieden über die Auslegung einzelner Bestimmungen über Anspruchsvoraussetzungen beruhen, auf einem rechtsstaatlich einwandfreien Weg geboten; daher liegt eine „**Streitigkeit**“ **iSd § 19 Abs 1 Privatkrankenanstalten-FinanzierungsfondsG** auch dann vor, wenn anhand eines konkret dargelegten Sachverhalts derartige Auffassungsunterschiede im Rahmen eines Feststellungsbegehren an die Schiedskommission herangetragen werden

26.02.2020, [Ra 2019/05/0047](#)

AbfallwirtschaftsG; da die von Gemeinden verfolgten Interessen idR nicht in einem Ausmaß auf den Umweltschutz gerichtet sein müssen wie dies bei Umweltorganisationen der Fall ist, und eine typische Gemeinde auch nicht über das den Umweltschutz betreffende Fachwissen verfügt, ist es zulässig, dass der jeweiligen **Standortgemeinde** in einem vereinfachten Verfahren gem § 50 AbfallwirtschaftsG keine **Parteistellung** eingeräumt wird, auch wenn Umweltorganisationen eine solche (nach Unionsrechts) zusteht

03.03.2020, [Ro 2017/04/0001](#)

GewO; das Verbot der Begründung von Ingenieurbüros in den den in § 134 Abs 3 GewO näher genannten **Baugewerben** vorbehaltenen Fachgebieten wird zugunsten der **Ingenieurbüros für Innenarchitektur** teilweise durchbrochen; dies gilt jedoch nicht für statisch relevante Bauteile, deren konstruktive Bearbeitung und statische Berechnung von einem hiezu Befugten vorgenommen werden muss

C. VERWALTUNGSGERICHE

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

B. SCHLUSSANTRÄGE

Keine Schlussanträge im Berichtszeitraum.

C. GERICHT

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

14.04.2020, Beschwerde Nr [75229/10](#), *Dragan Petrović / Serbien*

Keine Verletzung von Art 8 EMRK (Recht auf Achtung des Privatlebens) in Bezug auf **polizeiliche Durchsuchung** der **Wohnung** des Bf und **Verletzung** von Art 8 EMRK (Recht auf Achtung des Privatlebens) aufgrund der **Entnahme einer DNA-Speichelprobe** des Bf im Rahmen einer **Morduntersuchung**; Durchsuchungsbefehl ausreichend spezifisch sowie angemessene und wirksame Schutzmaßnahmen gegen Missbrauch während der Durchsuchung; Entnahme der Speichelprobe jedoch nicht in Übereinstimmung mit dem Gesetz

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Nicole Traußner, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heiml, Wiss.-Mit. Mag. Clara Buder, Wiss.-Mit. Mario Etzelstorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.